Wirtschaftswachstum und Bürokratieabbau

Ostholsteins FDP sprach beim Dreikönigstreffen in Grömitz zentrale Wahlkampfthemen an

Grömitz – Auf Einladung der FDP-Kreistagsfraktion sowie des FDP-Kreisverbandes Ostholstein trafen sich kürzlich Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung zum traditionellen Dreikönigstreffen in der Strandhalle Grömitz. Es stand ganz im Zeichen der bevorstehenden Bundestagswahl am 23. Februar.

Der Kreisvorsitzende Tobias Maack – er ist auch Direktkandidat im Wahlkreis 9 (Ostholstein/Stormarn Nord) – machte in seiner Eröffnungsrede deutlich, dass Deutschland vor großen Herausforderungen stehe. „Die Wirtschaft muss schnell auf einen Wachstumspfad zurückgeführt werden, wenn Deutschland nicht wieder zum kranken Mann Europas werden soll“, so Maack. Außerdem forderte er eine erheblich größere Unterstützung der Ukraine im Kampf gegen den russischen Aggressor. „Russland muss an diesem Krieg scheitern und zu der Erkenntnis kommen, dass es keinen Erfolg damit haben kann, Nachbarländer zu bedrohen oder gar annektieren zu wollen. Andernfalls fallen wir in eine dunkle, imperialistische und bedrohliche Zeit zurück“, betonte Maack. Er forderte eine Ausweitung des Wehretats auf mehr als drei Prozent des Bruttoinlandproduktes. „Amerika“, so Maack, „wird nicht mehr bereit und willens sein, die Last der Verteidigung Europas wie bisher zu gewährleisten. Hier müssen wir mehr selbst tun.“

Der Kreisvorsitzende Tobias Maack tritt auch als Wahlkreiskandidat in Ostholstein/Stormarn an. FOTO: FDP OSTHOLSTEIN

Der Chef der Kreis-FDP wies darüber hinaus darauf hin, dass Kreise und Gemeinden von den Gesetzgebern im Bund und Ländern immer mehr bürokratische Aufgaben übertragen bekommen, ohne die für die Bewältigung dieser Aufgabe notwendigen finanziellen Zuweisungen zu erhalten. Der Kreis Ostholstein und viele Gemeinden würden bereits erhebliche Haushaltslöcher aufweisen und nicht mehr wissen, wie sie diese Lücken füllen sollen. Auch Sebastian Rieke, der Bürgermeister der Gemeinde Grömitz, erinnerte an die stetig wachsenden Aufgaben der Verwaltung. Teilweise, so Rieke, nehme die Bürokratie groteske Züge an. Hier bedürfe es dringender Maßnahmen, um die Bürokratie abzubauen.

Kein gutes Bild von der aktuellen Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zeichnete Hans Kemeny, der Leiter der Wirtschaftsregion Hamburg/Schleswig-Holstein bei der Interessenvertretung der Mittelständischen Wirtschaft in Deutschland. Mit dem Satz „Der Mittelstand wird in der deutschen Politik vergessen“ brachte er seinen aktuellen Eindruck auf den Punkt. „Die Konjunktur in Deutschland ist schwach, eine so lange Durststrecke gab es noch nie“, sagte Kemeny. Deutschland brauche seiner Ansicht nach ein ganzes Bündel an Veränderungen, unter anderem einen Mentalitätswandel in den Ämtern und Behörden, einen Bürokratieabbau, eine Senkung der Körperschafssteuer, eine Ausweitung der Arbeitszeiten, eine gezielte Zuwanderung und eine Reform des Bildungswesens.

Den Abschluss des Abends bildete eine kämpferische Ansprache des FDP-Bundestagsabgeordneten Maximilian Mordhorst an seine Parteifreunde. Auch er zeigte sich überzeugt, dass der Mittelstand gestärkt und die Bürokratie erheblich abgebaut werden müssten. „Die Unternehmer und Bürger wollen etwas erreichen und können viel mehr, aber man muss sie auch lassen und ihnen nicht ständig Knüppel zwischen die Beine werfen“, so Mordhorst und weiter: „Die politischen Wettbewerber von links und rechts machen ihren Wahlkampf mit Ängsten und rufen nach dem Staat. Wir, die FDP, zeigen mit unseren Vorschlägen Lösungen für eine bessere Zukunft auf und sind optimistisch.“ t